



Antrag

der Fraktion der SPD

Aufdecken: Wir wollen sehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die Ursache des wiederholt schlechten Abschneidens Schleswig-Holsteins bei den Abiturprüfungen im Bundesvergleich wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Dafür wird gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen eine Studie in Auftrag gegeben, für die eine geeignete Anzahl von Abiturklausuren des Jahres 2024 in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch anonym durch aktuelle oder frisch pensionierte Lehrkräfte in beiden Bundesländern bewertet wird. Die Lehrkräfte erfahren also nicht, von welchen Schüler*innen aus welchem Bundesland die Klausuren verfasst wurden.

Begründung:

Während die Abiturnoten in Schleswig-Holstein mit einer Spanne von 2,41-2,56 zwischen 2017 und 2024 seit Jahren zu den schlechtesten der Bundesrepublik zählen, ist Thüringen seit über einem Jahrzehnt Spitzenreiter mit einer Spanne von 2,04-2,18 im selben Zeitraum. Von 2022-2024 gab es in Schleswig-Holstein sogar den bundesweit schlechtesten Abischnitt.

Da der größte Teil der Studienplätze in Deutschland hauptsächlich nach dem Abischnitt vergeben werden, droht Abiturient*innen aus Schleswig-Holstein im Falle eines geplanten Studiums ein Nachteil. Daher ist es notwendig, diesem Standortnachteil für Schüler*innen Schleswig-Holsteins auf den Grund zu gehen.

Zur Ursache des schlechten Abschneidens sagte eine Sprecherin des Bildungsministeriums gegenüber der Kieler Nachrichten für den 07.08.2024, dass die strengere Bewertung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein und die großzügigere Vergabe von guten Noten durch Lehrkräfte in anderen Bundesländern wie Thüringen damit in Zusammenhang stünden. Weitere Erklärungsansätze sind der geringere

Abiturientenanteil oder vermutete Unterschiede zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

Eine Überprüfung der Ursache für das unterschiedliche Abschneiden der Abiturient*innen in verschiedenen Bundesländern durch den Vergleich der Korrekturpraxis in einem über- und einem unterdurchschnittlich abscheidenden Bundesland wie Thüringen und Schleswig-Holstein kann Rückschlüsse für das weitere politische Vorgehen ermöglichen mit dem Ziel, den Schüler*innen in Schleswig-Holstein zukünftig gleiche Chancen bei der Studienplatzvergabe zu ermöglichen.

Martin Habersaat
und Fraktion